



Wer Beschäftigung will, kann Zeitarbeit nur befürworten

LIEBE LESERINNEN UND LIEBE LESER,

der Bundestagswahlkampf tritt nach der Sommerpause in seine heiße Phase. Am 18. April hat sich der BAP-Ausschuss »Zukunftsvertrag Zeitarbeit« auf seiner Treffpunkt-Veranstaltung mit Arbeitsmarkt-Experten der Parlamentsfraktionen ausgetauscht.

Diese Diskussion bot die Chance, in der jetzt noch möglichen Ruhe und Sachlichkeit die Perspektiven für die kommenden vier Jahre zu erörtern. Denn unsere Unternehmen müssen wissen, was auf sie nach der Wahl zukommen kann. Für mich ist klar, dass eine weitere Regulierung der Zeitarbeit nicht hinnehmbar wäre. Der Jobmotor Zeitarbeit und unser robuster Arbeitsmarkt würden dadurch abgewürgt.

In der vergangenen Legislaturperiode haben sich die Personaldienstleister zu einem wichtigen gesellschaftlichen Instrument der Aus- und Weiterbildung entwickelt. Wir bieten von Geringqualifizierten bis zu Interim-Managern in Führungspositionen sehr gute Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt. Darüber hinaus hat unsere Branche durch zahlreiche Zuschlagstarifverträge Zeitarbeit für Arbeitnehmer erheblich attraktiver gemacht.

Die »Mitteilungen« tragen dazu bei, die nötige Diskussion zu versachlichen. Ich freue mich, dass diese Ausgabe, nicht nur die Sicht der Politik, sondern auch die differenzierte Reaktion von Wirtschaftsexperten darstellt, denn Zeitarbeit ist eine ganz normale sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsform, die als Flexibilitätspuffer unserer Wirtschaft dient und damit Deutschland wettbewerbsfähig auf dem Weltmarkt macht.

Wer Beschäftigung erhalten und weiterentwickeln will, kann Zeitarbeit nur befürworten.

Viel Vergnügen bei der Lektüre wünscht Ihnen

Ihr Volker Enkerts
 Präsident des Bundesarbeitgeberverbandes
 der Personaldienstleister

OPPOSITION WILL WEITERE REGULIERUNG DER ZEITARBEIT

Während Vertreter der Regierungsfaktionen keinen Änderungsbedarf sehen, fordern SPD und Grüne neue Gesetzesverschärfungen für die Zeitarbeit.

FORSCHER WARNT VOR VERTEUERUNG DER PERSONALDIENSTLEISTUNGEN

Die Arbeitsmarktzugangsfunktion für Geringqualifizierte sei gefährdet, wenn Zeitarbeit immer teurer werde, mahnt Michael Kvasnicka vom RWI.

WIRTSCHAFTS-WEISER: NACHFRAGE NACH ZEITARBEIT WIRD STEIGEN

Christoph Schmidt, der Chef der Wirtschafts-Weisen, prognostiziert, dass Unternehmen künftig noch stärker auf Flexibilisierung angewiesen sein werden.



Dr. Michael Kvasnicka (RWI), Holger Schäfer (IW)



Dorothea Siems (Die Welt), Josip Juratovic (SPD),
Ingrid Hofmann (BAP)

Kontroverse Debatte über Regulierungen in der Zeitarbeit

Es war eine leidenschaftliche Diskussion. Und sie brachte Klarheit über die Standpunkte zur Zeitarbeit. Unterschiedliche Meinungen der im Bundestag vertretenen Parteien prallten bei der elften Treffpunkt-Veranstaltung des Zukunftsvertrages Zeitarbeit am 18. April aufeinander. Während die beiden Vertreter der Regierungsfractionen in der Vertretung Sachsen-Anhalts beim Bund keinen weiteren Regulierungsbedarf sahen, forderten die Abgeordneten von SPD und Bündnis90/Die Grünen eine weitere Verschärfung. Auch Wirtschaftswissenschaftler sowie BAP-Vizepräsidentin Ingrid Hofmann griffen in die Debatte ein.

Die von der Politik geforderte annähernde Lohngleichheit zwischen Zeitarbeitnehmern und den Beschäftigten der Stammbesellschaft sei erreicht, stellte [Andreas Dinges](#), Vorsitzender des BAP-Ausschusses Zukunftsvertrag Zeitarbeit, einleitend fest. »Das ist ein hervorragender Fortschritt, und ich hoffe, dass der auch in der Politik wahrgenommen und gewürdigt wird.« Diese Hoffnung, zumindest was ein Ende der Regulierungsforderungen betrifft, ging nicht ganz in Erfüllung, wie die Podiumsdiskussion zeigen sollte. Sie stand unter der Überschrift »Entwicklungschancen der Zeitarbeit im Licht ihrer politischen und konjunkturellen Rahmenbedingungen«. Die [Chefkorrespondentin für Wirtschaftspolitik der Zeitung »Die Welt«](#), [Dorothea Siems](#), moderierte.

»Vom Mindestlohn von 8,19 Euro in der Zeitarbeit kann kein Mensch leben. Das ist ein Trinkgeld«, wettete der [Arbeitsmarktexperte der SPD-Fraktion, Josip Juratovic](#). [Personaldienstleisterin Ingrid Hofmann](#) entgegnete, dass acht bis zehn Millionen Menschen in Deutschland weniger als 8,50 Euro verdienen. Davon machten Zeitarbeitnehmer nur einen verschwindend geringen Teil aus.

Wenig Verständnis für die Äußerung des Sozialdemokraten brachte auch [Holger Schäfer](#) vom [Institut der deutschen Wirtschaft Köln \(IW\)](#) auf: »8,19 Euro bedeuten 1400 Euro brutto im Monat. Und bei dieser Summe hält der Staat, den Herr Juratovic repräsentiert, die Arbeitnehmer immer noch für leistungsfähig genug, darauf ein paar hundert Euro Steuern und Sozialabgaben zu bezahlen. Damit hat er offenbar kein Problem.« Durch Zeitarbeit, so der Wirtschafts-Experte weiter, sei sehr viel Beschäftigung für Menschen entstanden, die sich außerhalb des Arbeitsmarktes befanden: »Jeder, der auf diese Weise einen Job bekam, hat seine persönliche Situation deutlich verbessert.« Das belegten diverse Studien.

Ähnlich sah das [Johannes Vogel](#), [arbeitsmarktpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion](#): »Wir erkennen keinen Veränderungsbedarf. Die Zeitarbeit ist ein erfolgreicher Baustein im insgesamt sehr erfolgreichen deutschen Arbeitsmarkt.« Es habe Probleme gegeben, die auch die Akzeptanz der Zeitarbeit untergruben. Doch die seien gelöst. Die sogenannte Schlecker-Klausel, die verbindliche Lohnuntergrenze und die Branchenzuschläge bildeten eine gute Grundlage, die »genauso unverändert bleiben sollte«.

Dem widersprach [Beate Müller-Gemmeke](#). Die [grüne Fraktions-Sprecherin für Arbeitnehmerrechte](#) räumte ein,

dass Rot-Grün einst die Arbeitnehmerüberlassung de-reguliert habe. Heute seien die Löhne in der Zeitarbeit geringer als die der Stammebelegschaft. Das wolle ihre Partei ändern: »Die Zeitarbeit muss zurückgeführt werden auf ihre Funktion als Flexibilisierungsinstrument. Wir wollen Equal Pay ab dem ersten Tag.«

Völlig anders argumentierte [Gitta Connemann](#), [Arbeitsmarktpolitikerin in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion](#): »Wir sehen mit großer Anerkennung, welch riesigen Weg die Branche gegangen ist.« Ihre Partei betrachte die Zeitarbeit heute – anders als früher – nicht mehr als Brücke zur Vollbeschäftigung, »denn sie ist eine komplette, reguläre Beschäftigung«. Wenn von Klebeeffekten gesprochen werde, ärgere sie sich: »Ich habe den Eindruck, dass niemand realisieren möchte, dass ein Zeitarbeitnehmer ein vollwertiger Arbeitnehmer ist, der genau dieselben Rechte und Pflichten hat, wie jemand, der in einem Einsatzbetrieb beschäftigt ist.« Darauf müsse immer wieder hingewiesen werden, denn: »Das ist ein Stück Verdummung über eine Branche, die das nicht verdient hat.« Diese habe in »hervorragender Weise ihre Hausaufgaben gemacht«.

Moderatorin [Dorothea Siems](#) fragte nach diesen ersten politischen Statements BAP-Vizepräsidentin [Ingrid Hofmann](#), ob sie ihr Geschäftsmodell bedroht sehe. Die Unternehmerin, die 2007 den Bundesverdienststorden für ihre Verdienste um den Arbeitsmarkt erhalten hatte, antwortete mit Blick auf einige Äußerungen: »Mir macht es Angst, wenn ich diese Positionen höre.« Deutschland sei kein Volk von Zeitarbeitnehmern, wie manche Politiker weismachen wollten. Lediglich zwei bis zweieinhalb Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiteten in diesem Segment. »Man will nicht wahrhaben, was unsere Branche leistet: Mehr als 60 Prozent unserer Beschäftigten kommen aus der Arbeitslosigkeit.« Je teurer Zeitarbeit sei, desto schwieriger werde es, Geringqualifizierte in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

[Beate Müller-Gemmeke](#) versuchte daraufhin, Schärfe aus der Diskussion zu nehmen. Die Grünen-Politikerin betonte: »Ich will die Zeitarbeit nicht abschaffen. Die Branche sehe ich als ganz normal an. Und diese Normalität muss dann auch Equal Pay ausdrücken.« Dies sei eine Frage der Gerechtigkeit: »Wenn zwei dasselbe tun, sollen sie auch gleich bezahlt werden.«

Zur Differenzierung mahnte daraufhin IW-Arbeitsmarktexperte [Holger Schäfer](#). Er stellte infrage, ob man bei Zeitarbeitnehmern und Stammmitarbeitern überhaupt von gleicher Arbeit sprechen könne. »Der Beschäftigte aus der Stammebelegschaft trägt in ganz anderer Weise Verantwortung für betriebliche Prozesse als jemand, der nur kurzfristig in dem Unternehmen eingesetzt wird.« Dieser Unterschied müsse sich auch in der Entlohnung widerspiegeln. Insofern sei es »gerechtfertigt, dass der Stammmitarbeiter mehr verdient«. Wenn es tatsächlich so wäre, dass beide die gleiche Leistung brächten, dann sei die Stammebelegschaft »beliebig austauschbar«. Und dem könne wohl niemand zustimmen.



Johannes Vogel (FDP), Beate Müller-Gemmeke (Grüne)

[Michael Kvasnicka](#) vom [RWI](#), der nach seinem Impulsreferat an der Diskussion teilnahm, gab zu bedenken, welche Schwierigkeiten es bei der Forderung nach »gleichem Lohn für gleiche Arbeit« geben könnte: »Viele Kundenunternehmen kennen die auf die Stunde umgerechneten Personalkosten für eine Stammkraft nicht, so dass man einen Vergleichswert nur schwer finden kann.«

Zum einige Male erhobenen Vorwurf des Missbrauchs von Zeitarbeit fragte [Ingrid Hofmann](#): »Welchem Personaldienstleister wird Missbrauch vorgeworfen?« Fälle wie Schlecker oder zuletzt Amazon betreffen nicht die Personaldienstleister. Die Unternehmerin erhielt Beistand von [Holger Schäfer](#): »Wenn ich konkrete Missbrauchsfälle sehe, hat das nicht zwingend etwas mit der Zeitarbeitsbranche zu tun.«

SPD-Mann [Josip Juratovic](#) lenkte nun ein: »Der Missbrauch findet nicht in den Zeitarbeitsunternehmen statt, sondern in der Wirtschaft.« Es gebe Kundenunternehmen, bei denen die Zeitarbeitnehmer keinen Anspruch auf einen Parkplatz oder auf bezuschusstes Kantinenessen hätten. »Das zu ändern, gehört auch zu unserer Forderung nach Gleichbehandlung.«

Nach der Diskussion fasste [Andreas Dinges](#) zusammen, dass es »fundamental unterschiedliche« Positionen der Parteien zur Zeitarbeit gebe. Er wünschte sich für den nun beginnenden Wahlkampf »mehr Sachlichkeit und Vorurteilsfreiheit« und freue sich, wenn die Veranstaltung dazu habe beitragen können.



Dr. Michael Kvasnicka, RWI-Arbeitsmarkt-Experte

RWI-Experte: »2014 wird die Zeitarbeit wieder wachsen«

Mit einer Mahnung an die Politik beendete Dr. Michael Kvasnicka sein Impulsreferat: »Eine weitere Verteuerung könnte die sehr wichtige Arbeitsmarktzugangsfunktion der Zeitarbeit beschränken.« Der Wissenschaftler des Rheinisch-Westfälischen Institutes für Wirtschaftsforschung (RWI) betonte auf der Treffpunkt-Veranstaltung des Zukunftsvertrages Zeitarbeit, dass rund zwei Drittel der Menschen, »die in der Zeitarbeit eine Beschäftigung aufnehmen, vorher nicht in einem Arbeitsverhältnis waren«.

Der Experte bezog sich bei seiner Warnung auf die Wahlprogramme. Die SPD fordere, die Befristung von Zeitarbeitsverhältnissen und die Koppelung der Befristung an einen Arbeitseinsatz zu untersagen, so Kvasnicka. Die Grünen setzten sich bei Zeitarbeitnehmern für »mindestens die gleiche Entlohnung« wie bei Stammbeschäftigten ein. Und die Linke wolle sogar ein »Verbot der Leiharbeit« mit dem Zwischenziel »Begrenzung der Verleihdauer auf wenige Monate« durchsetzen.

Dem setzte Kvasnicka entgegen, dass die Zeitarbeit helfe, den Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft gerecht zu werden. Er präsentierte den Zuhörern eine ganze Reihe von Zahlen, die die Bedeutung der Zeitarbeit als »Jobmo-

tor« und »Frühindikator für die Großwetterlage der Volkswirtschaft« unterstreichen.

Seit 1973 expandiere die Branche stark. Dieses Entwicklung sei aber stets von saisonalen Fluktuationen geprägt gewesen. »Besonders große Schwankungen gab es zuletzt vor und nach der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008«, stellte Kvasnicka fest. Zwischen Juni 2008 und Juni 2009 sei die Zahl der Zeitarbeitnehmer um 23,2 Prozent zurückgegangen, um dann in den folgenden zwölf Monaten um 32,2 Prozent anzusteigen. »Solche Ausschläge sehen wir in anderen Branchen nicht«, betonte der RWI-Experte für »Arbeitsmärkte, Bildung, Bevölkerung«. Dies unterstreiche die Pufferfunktion der Zeitarbeit. Bis Juni 2011 haben die Personaldienstleister noch einmal weitere 12,8 Prozent Beschäftigte in den Arbeitsmarkt integriert. Die Zahl der Zeitarbeitnehmer stagnierte bis 2012 zunächst und gehe seitdem im Vergleich zu den Vorjahreswerten zurück. Der Spitzenwert lag im Herbst 2011 noch bei rund 950.000 Angestellten und sei nun auf 774.000 gefallen.

»Der Sektor der Zeitarbeit schrumpft«, fasste Michael Kvasnicka die Entwicklung zusammen. Die Ursache sieht er vor allem im geringen Anstieg des Bruttoinlandsproduktes. Nach 0,7 Prozent 2012 werde die Wirtschaft auch dieses Jahr lediglich um 0,8 Prozent wachsen. Erst 2014 könne es wieder einen Aufschwung in der Zeitarbeit geben. Denn dann nehme die Wirtschaftsleistung voraussichtlich um 1,9 Prozent zu.

Die Einschätzungen deutscher Unternehmen verdeutlichten die derzeitige Unsicherheit, so Kvasnicka. In einer Umfrage gaben 47 Prozent der Befragten an, sie erwarteten für die ersten beiden Quartale 2013 eine Zunahme der Zeitarbeit. 39 Prozent gingen hingegen von einem weiteren Rückgang aus.

Der 40-Jährige thematisierte auch die veränderten politischen Rahmenbedingungen seit Mai 2011. Damals wurde die als sogenannte »Lex Schlecker« bekannt gewordene Drehtürklausel eingeführt. Im Januar 2012 folgte die allgemeinverbindliche Lohnuntergrenze, und im November desselben Jahres traten die ersten Branchenzuschlags-tarifverträge in Kraft. Insbesondere in der Metall- und Elektrobranche habe es einen »sehr rasanten Anstieg« auf den Tariflohn gegeben. Werde ein Beschäftigter neun Monate und länger in ein Kundenunternehmen entsandt, erhalte er 50 Prozent mehr Gehalt. Die Frage, ob diese Zuschläge womöglich »zu hoch angesetzt« seien und welche »Verdrängungseffekte es im Bereich der Geringqualifizierten geben könnte«, sei aus Sicht der Wissenschaft noch ungewiss.

Dr. Michael Kvasnicka arbeitet seit 2007 als Wissenschaftler im Berliner Büro des RWI für den Kompetenzbereich »Arbeitsmärkte, Bildung, Bevölkerung«. Der 40-Jährige promovierte 2004 an der Berliner Humboldt-Universität zum Thema: »Temporary Agency Work in Germany«

Wirtschaftsweiser: »Unternehmen sind verstärkt auf Zeit- arbeit angewiesen«

Vor der Bundestagswahl diskutiert die Politik über weitere Regulierungen der Zeitarbeit. Als Vorsitzender der fünf Wirtschaftsweisen sind Sie wichtigster Berater der Bundesregierung. Was empfehlen Sie?

Nun gab es bereits ein paar bedeutsame gesetzliche und tarifliche Änderungen bei der Zeitarbeit. So wurde im Jahr 2011 die auch als »Lex Schlecker« bekannte sogenannte Drehtürklausel in das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz aufgenommen. Seit Anfang 2012 gibt es eine allgemeinverbindliche Lohnuntergrenze in der Zeitarbeit. Und seit Herbst 2012 haben die Tarifpartner in mehreren Branchen Zuschläge eingeführt, die nach der Einsatzdauer im Kundenunternehmen gestaffelt sind. Somit sind wir auf dem Weg zu einer Annäherung an Equal Pay, wenngleich noch nicht flächendeckend. Bevor über weitere Regulierungen nachgedacht wird, sollte man erst einmal abwarten und sich genau anschauen, wie sich diese Änderungen auswirken, und zwar sowohl auf die Löhne der Zeitarbeitnehmer als auch auf die Nachfrage nach Zeitarbeit durch die Unternehmen.

Besteht die Gefahr, den Jobmotor Zeitarbeit abzuwürgen? Worauf muss der Gesetzgeber achten?

Der Gesetzgeber muss auf mehrere Faktoren achten: Erstens sollte die besondere Rolle der Zeitarbeit als Flexibilitätspuffer erhalten bleiben, so dass Unternehmen schnell und nach Bedarf auf Personal zurückgreifen können. Zweitens sollte ein missbräuchlicher Einsatz der Zeitarbeit vermieden werden. Dies war ja auch Ziel der Drehtürklausel. Und drittens sollte die Zeitarbeit weiter ihre Integrationsfunktion für Erwerbslose erfüllen.

Wie schätzen Sie die Marktentwicklung der Zeitarbeit kurz- und mittelfristig ein?

Kurz- und mittelfristig wird der Markt für Zeitarbeit hauptsächlich von der konjunkturellen Entwicklung abhängig sein. Nach Jahren rasanten Wachstums und nach einem nicht nachhaltigen Einbruch infolge der Finanzkrise war die Beschäftigung in der Zeitarbeit zuletzt stabil. Unternehmen sind in ihrer Personalplanung auf Flexibilität angewiesen. Dies wird so bleiben und sich angesichts des fortschreitenden technologischen Wandels und internationalen Wettbewerbs wohl noch verstärken.

Welche Auswirkungen auf die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftslage werden die Branchenzuschläge haben – insbesondere mit Blick auf die Geringqualifizierten?

Die Branchenzuschläge sind noch nicht sehr alt. Ihre Wirkung auf die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftslage ist daher momentan noch nicht bekannt. Die entscheidende Frage



Prof. Christoph Schmidt, Chef der fünf Wirtschaftsweisen

»Bevor über weitere Regulierungen nachgedacht wird, sollte man abwarten und sich anschauen, wie sich diese Änderungen auswirken.«

CHRISTOPH M. SCHMIDT

ist nun, wie viele Zeitarbeitnehmer letztlich in welchem Ausmaß von diesen Zuschlägen wirklich etwas haben. Denn sie hängen von der Einsatzdauer beim Kundenunternehmen ab, und die ist oft sehr kurz. Auch haben sowohl die Zeitarbeitsunternehmen wie auch deren Kunden Ausweichmöglichkeiten. Sie können beispielsweise Einsätze vorzeitig beenden oder auf andere Instrumente, wie Werkverträge, zurückgreifen. Möglicherweise kann die Zeitarbeit von den Branchenzuschlägen auch profitieren, weil durch sie eine Tätigkeit in der Zeitarbeit aufgewertet wird. Das könnte das Image der Branche verbessern. Und das wiederum könnte es Personaldienstleistern erleichtern, höherqualifizierte Arbeitnehmer zu rekrutieren und an das eigene Unternehmen zu binden.

Prof. Christoph M. Schmidt ist als Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Chef der »fünf Wirtschaftsweisen«. Der 50-Jährige führt zudem als Präsident das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung.



Georg Breucker, Verwaltungsratspräsident bei persona service

»Eine weitere Regulierung trifft die Geringverdiener«

Die Branchenzuschläge sind nun ein halbes Jahr in Kraft. Welche Auswirkungen haben sie?

Ganz einfach: Sie sind ein Gewinn für die Zeitarbeit. In erster Linie profitieren unsere Arbeitnehmer, weil die Branchenzuschläge zu höheren Löhnen führen und zu einem fast ausgeglichenen Equal Pay bei den Kundenunternehmen. Sie machen die Zeitarbeit auch künftig attraktiv, gerade wenn wir die demographische Entwicklung vor Augen haben. Denn in gar nicht allzu langer Zeit werden wir – nicht nur die Personaldienstleister, sondern alle Unternehmen – händierend um die besten Mitarbeiter ringen. Daher haben wir ja zum Beispiel auch im Bereich der Fachkräfte schon vor Einführung der Branchenzuschläge deutlich höhere Löhne gezahlt als der Tarifvertrag das vorsah.

Und wie haben die Kundenunternehmen reagiert?

Für die waren die Branchenzuschläge eine ganz erhebliche Belastung. Aber sie haben sie mitgetragen, weil sie ja den Mitarbeitern direkt zugutekommen.

Sind Kunden abgesprungen?

Nein. Wenn ein Mitarbeiter gute Arbeit abliefert, ist er für den Kunden allemal sein Geld wert. Das liegt auch an der Lohn-Staffelung, der allmählichen Heranführung an Equal Pay. Im Gegensatz zu einer sofortigen Equal-Pay-Lösung ist das im Übergang für die Kunden tragbar gewesen.

Die Flucht in Werkverträge hat auch nicht stattgefunden?

Genau. Und das habe ich auch nicht anders erwartet. Denn im Gegensatz zu vielen öffentlichen Darstellungen ist Zeitarbeit ein Flexibilisierungsinstrument und hat nichts mit Kostenersparnis zu tun.

Was ist aus den Sorgen um die Jobchancen der Geringqualifizierten geworden?

Auch das hat sich so nicht bewahrheitet. Dort, wo wir Vergleichslöhne ermitteln mussten, hat sich vielfach bestätigt, wie attraktiv unsere Löhne schon waren. Die Differenz nach den Branchenzuschlägen hatte dadurch gar nicht so große Auswirkungen. Ein wenig anders sah es in den östlichen Bundesländern aus. Dort mussten einige Kunden schon sehr mit sich kämpfen.

Das klingt alles nach eitel Sonnenschein. Was ist dennoch verbesserungsbedürftig?

Mit der Administration haben wir erhebliche Aufwände. Im Moment ist die Gewerkschaft ver.di dabei, auf viele verschiedene Branchen eine sehr differenzierte Branchenzuschlagsregelung zu entwickeln. Dadurch wird der Verwaltungsaufwand nicht geringer. Da aber der Schwerpunkt der Zeitarbeit in der Metall- und Elektroindustrie liegt, kann man sagen, dass schon bald mehr als 80 Prozent aller Beschäftigten Branchenzuschläge erhalten.

Die Zahl der Zeitarbeitnehmer in Deutschland ist zuletzt um mehr als zehn Prozent gesunken. Und das hat wirklich nichts mit den Branchenzuschlägen zu tun?

Die Konjunktur für die Zeitarbeit war bereits vor Einführung der Branchenzuschläge rückläufig, und zwar seit Mitte 2012 mit Verschärfung der Euro-Krise. In der wichtigen Automobilindustrie gibt es Absatzeinbrüche, was sich auf die Zeitarbeit auch in den Zulieferbetrieben auswirkt. Wenn die Wirtschaft nicht richtig aufwärts geht, bleibt der Bedarf an Zeitarbeit auf dem eingependelten Niveau. Dazu kommt, dass Kundenunternehmen permanent Mitarbeiter übernehmen. Sie benötigen dann von uns kein zusätzliches Personal. Aber das hat nichts mit den Branchenzuschlägen zu tun.

Kann die Zeitarbeitsbranche eine weitere Regulierung nach der Bundestagswahl aushalten?

Mehrere Parteiprogramme heben die Forderung »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« hervor. Das haben wir ja faktisch durch die Einführung der Branchenzuschläge bereits. Es bedarf keiner weiteren Regulierung.

Was aber, wenn doch?

Ich glaube, dass das schnell zu Lasten der Geringverdiener geht. Wenn gerade bei neuen, Mitarbeitern, die erst eingearbeitet werden müssen, in den ersten Monaten zu hohe Lohnvorgaben gemacht werden, ist das ein Einstellungshindernis. Große Teile der Politik übersehen, dass Zeitarbeit nicht die Alternative zum bestbezahlten Job beim Automobilhersteller darstellt. Sie ist für Angelernte vielmehr die beste Alternative zu unregelmäßiger Beschäftigung.

Würde eine neue Bundesregierung den Jobmotor Zeitarbeit abwürgen?

Die derzeitige Bundesratsmehrheit hat sich durch verschiedene Initiativen bereits hinreichend klar positioniert, Zeitarbeit deutlich abbremsen zu wollen – auch durch den nicht sehr hilfreichen Vorschlag der Wiedereinführung des Synchronisationsverbotes. Auch eine Höchstüberlassungsdauer würde nur dazu führen, gute, bestehende Beschäftigungsverhältnisse zwanghaft auflösen zu müssen. Man darf doch eines nicht übersehen: Es gibt viele Zeitarbeitnehmer, die nicht in den Kundenbetrieb wechseln wollen, weil sie bei uns absolut attraktive Löhne bekommen. Bei einer Höchstüberlassungsdauer würden sie zwar vielleicht von Kunden übernommen werden – aber fast ausschließlich in befristete Beschäftigung. Sie kommen also von einem unbefristeten in ein befristetes Arbeitsverhältnis. Da nach neun Monaten im Wege der Branchenzuschläge ohnehin schon fast Equal Pay gilt, gibt es gar keinen Grund, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse auf diese Weise zunichte zu machen.

Die Debatte um Mindestlöhne und Zeitarbeit läuft ohnehin etwas bigott. So bezahlt ein mit dem DGB verbandelter Personaldienstleister seinen Arbeitnehmern weniger als den von den Gewerkschaften geforderten Lohn.

Wir erleben immer wieder, dass in vielen Wirtschaftsbereichen weniger bezahlt wird, als in der Zeitarbeit – auch gerade von denjenigen, die über die Zeitarbeit schimpfen. Ich verfolge aber nicht die Devise – auch nicht beim DGB –, mit dem Finger darauf zu zeigen, um selbst besser dazustehen.

Empfinden Sie das nicht als ungerecht?

Ich erlebe das doch seit 25 Jahren – auch jetzt beim Mindestlohn. Die Zeitarbeit zahlt in hohem Maße Löhne, die absolut marktgerecht sind, aber trotzdem kommt sie nicht aus dem Fokus. Es gibt so gut wie keinen Politiker, der die tarifvertraglichen Regelungen im Detail kennt. Die Zeitarbeit ist die am besten kontrollierte Branche in ganz Deutschland. Wenn aber immer mehr Restriktionen kommen, werden die Kundenunternehmen ausweichen und zwar in Bereiche, die nicht mehr kontrolliert sind. Und damit ist keinem geholfen.

Ein anderes Thema: Der Zukunftsvertrag Zeitarbeit hat federführend mit der Bundesagentur für Arbeit eine Kooperation geschlossen. Worum geht es dabei?

Es geht vor allem um ein deutlich effektiveres Matching der offenen Stellen mit Arbeitssuchenden bei der Bundesagentur. Wir konnten dort wirklich gute Hinweise geben und auch dafür Sorge tragen, dass die EDV-Systeme – zum

Personaldienstleister bilden jährlich 1000 junge Leute aus

Der öffentliche Fokus bei der Zeitarbeit als Jobmotor liegt auf der Integration von 800.000 Menschen in den Arbeitsmarkt. Doch die Bedeutung geht weit darüber hinaus. Ein bisher unterschätzter Faktor stellen nicht nur die rund 50.000 internen Angestellten dar.

Auch als Ausbilder braucht sich die Branche nicht zu verstecken. Jährlich beginnen rund tausend Schulabgänger bei Zeitarbeitsunternehmen ihre Lehren als Personaldienstleistungskaufleute. 2011 waren es nach Angaben des Bundesinstituts für Berufsbildung 1158, im vergangenen Jahr 990. »Damit pendelt sich die Zahl auf einem guten Niveau ein«, sagt Mirco Melega, Vizepräsident und Leiter des Arbeitskreises Bildung beim BAP.

Für die Ausbildung benötigen die Bewerber keinen spezifischen Schulabschluss. Laut Bundesagentur für Arbeit verfügen jedoch die meisten, nämlich 55 Prozent, über das Abitur. Ein Drittel hat die mittlere Reife, und weniger als jeder Zehnte erwarb zuvor einen Hauptschulabschluss.

Die Ausbildung deckt alle Facetten des Berufs ab. Personaldienstleistungskaufleute werben Arbeitnehmer für Kundenunternehmen an und koordinieren deren Einsatz. Sie organisieren auch die Personalentwicklung, wie Weiterbildungsmaßnahmen der Zeitarbeitnehmer.

Mehr Infos und freie Stellen unter: www.alle-achtung.info

Beispiel bei den Jobbörsen – aufeinander abgestimmt werden. Damit kann ein viel schnellerer Zugang zum Arbeitsmarkt für Arbeitslose gewährleistet werden. Auch in Sachen Weiterbildung haben wir gemeinsame Ansätze verfolgt. Wir kooperieren nun an vielen Standorten. Die BA hat uns für unsere Arbeit eine hervorragende Referenz ausgestellt.

Sind in diesem Zusammenhang Überlegungen innerhalb der Bundesagentur fair, Agentur-Mitarbeitern bei der internen Bewertung für die Vermittlung eines Arbeitslosen zu einem Zeitarbeitsunternehmen nur einen Punkt geben zu wollen, aber fünf für die Vermittlung in eine Stammebelegschaft?

Natürlich nicht. Die Bundesagentur geht von falschen Voraussetzungen aus. Sie möchte dauerhaft in Beschäftigung vermitteln und sieht dabei nicht, dass viele an uns Vermittelte in die Stammebelegschaft wechseln. Dieser Austrittsgrund wird statistisch bei der Bundesagentur zum Beispiel nicht erfasst. Wir wollten daher gemeinsam die Statistiken der Zeitarbeit mit jenen der Bundesagentur in Übereinstimmung bringen.

Georg Breucker ist Präsident des Verwaltungsrates der personaservice AG. Bereits seit 1988 arbeitet er für den Personaldienstleister. Fünf Jahre später stieg der heute 54-jährige in die Geschäftsleitung auf. Gemeinsam mit Vertretern anderer großer Unternehmen gründete er 2001 den Zukunftsvertrag Zeitarbeit. Georg Breucker ist verheiratet und Vater dreier erwachsener Töchter.

BAP UND ZUKUNFTSVERTRAG – GEMEINSAM FÜR INNOVATION

Der Bundesarbeitgeberverband der Personaldienstleister (BAP) ist die führende Interessenvertretung der Zeitarbeitsbranche. An seiner Spitze steht als Präsident der Unternehmer Volker Enkerts. Als einziger Zeitarbeitsverband ist der BAP flächendeckend in Deutschland aufgestellt. Der BAP ist in der BDA vertreten und Mitglied in den europäischen und weltweiten Dachverbänden Eurociett und Ciett. Er bekennt sich zur Sozialpartnerschaft und ist anerkannter Tarifpartner der DGB-Gewerkschaften.

95 Prozent der gut 2.000 BAP-Mitglieder sind kleine und mittelständische Firmen. Auch die meisten großen bzw. internationalen Unternehmen gehören dem BAP an. Sie betreiben etwa 4.800 Betriebe, was rund 80 Prozent aller deutschen Niederlassungen von Zeitarbeitsunternehmen entspricht.

Die Marktführer der Branche in Deutschland vertritt der Zukunftsvertrag Zeitarbeit. Er ist als Ausschuss im BAP organisiert. In ihm sind die sechs großen Personaldienstleister zusammengeschlossen: 7(S)-Gruppe, Adecco Gruppe Deutschland, I.K. Hofmann, Manpower Deutschland, persona service und Randstad Gruppe Deutschland. Als Ausschussvorsitzender wirkt Andreas Dinges von Adecco.

Vor zwölf Jahren als eingetragener Verein gegründet, hat sich der Zukunftsvertrag Anfang 2011 dem BAP angeschlossen. Die führenden Unternehmen der Branche und der BAP folgen damit dem Ziel, der Zeitarbeit eine einheitliche Stimme zu verleihen. Die Mitgliedsfirmen streben durch ihre Arbeit die nachhaltige Stärkung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit an. Dazu möchten sie innovativen und flexiblen Beschäftigungsformen den Weg ebnen.

BITTE VORMERKEN

ARBEITGEBERTAG ZEITARBEIT 2013 IN BERLIN

**Donnerstag, 13. Juni 2013
15.00 Uhr – 18.00 Uhr**

Maritim proArte Hotel Berlin
Friedrichstraße 151
10117 Berlin

Mögliche Auswirkungen der Bundestagswahl auf die Zeitarbeit stehen im Mittelpunkt des Arbeitgebertages des Bundesarbeitgeberverbandes der Personaldienstleister (BAP). Nach der Begrüßung durch BAP-Prä-

sident Volker Enkerts haben Vertreter von Bundestagsfraktionen das Wort. Sie stellen ihre arbeitsmarktpolitischen Konzepte für die kommenden vier Jahre vor. Erwartet wird eine spannende und aufschlussreiche Diskussion – vor allem über eventuell geplante weitere Regulierungen der Zeitarbeit. Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion werden aber auch der Frage nachgehen, was kürzlich erfolgte Änderungen – wie die Branchenzuschläge – gebracht haben.

Danach steigt das traditionelle Sommerfest des BAP. In lockerer Atmosphäre bei Getränken und Speisen gibt es weitere Gelegenheiten zum Kennenlernen und Diskutieren.

SOMMERFEST DES BAP

**Donnerstag, 13. Juni 2013
18:30 Uhr**

Garten des Kronprinzenpalais
Unter den Linden 3
10117 Berlin



Impressum

Verantwortlich im
Sinne des Pressegesetzes
(V.i.S.d.P.)
Andreas Dinges
Thomas Hetz

Herausgeber
Bundesarbeitgeberverband der
Personaldienstleister e.V. (BAP)
Ausschuss »Zukunftsvertrag Zeitarbeit«
Universitätsstraße 2 - 3a, 10117 Berlin

Tel +49 30 20 60 98-0
Fax +49 30 20 60 98-70
info@personaldienstleister.de
www.personaldienstleister.de